



# Störtebeker Briefe

Lübeck Ostholstein **DKP**

Zeitung für Lübeck - Ostholstein - Stormarn - Hzgtm. Lauenburg

Nummer 7/2016

Wenn Menschenrechte wichtig wären...  
Was Merkel & Co. nicht stört

S.4

Besser als der beste Kapitalismus  
Über die Leistungen des Sozialismus

S.6

Wider die falsche Bescheidenheit!  
Tarifrunde öffentlicher Dienst 2016

S.10

Rüstungskonversion auf Gewerkschaftskongressen  
Ein Plädoyer...

S.10

## Kompass in stürmischen Zeiten

„Wem nützt es?“ - Die wichtigste Frage der Gegenwart!

Es brennt - überall in diesem Land und in großen Teilen der Welt. Deutsche Tornados fliegen „Aufklärungsmissionen“ in Syrien, deutsche Truppen kämpfen in Afghanistan, im Irak, in Mali und an vielen anderen Orten der Welt. Deutschland führt wieder Kriege, angeblich gegen den Terror.

Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Armut, Hunger und Krieg und viele kommen nun auch zu uns. Hier im Land wiederum wächst dagegen das Unbehagen. Die mediale Berichterstattung schürt diese Vorurteile noch, indem sie sich auf einige verabscheuungswürdige Übergriffe konzentriert.

Rassismus breitet sich aus und faschistische Anschläge auf Migrantinnen und Migranten sind wieder an der Tagesordnung.

Es herrscht Wohnungsnot im Land und immer mehr Menschen befinden sich in Be-

schäftigungsverhältnissen von denen sie nicht leben können oder werden durch Hartz IV komplett an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Straßen und Schulen sind marode und öffentliche Einrichtungen wie Jugendtreffs oder Schwimmbäder werden auf Grund klammer kommunaler Kassen geschlossen. Kinder aus ärmeren Teilen der Bevölkerung erhalten immer weniger Bildungsmöglichkeiten und werden buchstäblich abgehängt.

Andererseits „blüht die Konjunktur“, Unternehmen machen Milliarden Gewinne. Reiche werden immer reicher. ... **weiter S.2**



## Was kosten die Soldaten

Wir haben Lungenkranke, die brauchen Berg und Schnee; sie heilen -? Kein Gedanke! Wir brauchen die Armee.

Da kostet jeder Junge mit Stiefel und Gewehr pro Mann eine Lunge - Das ist unser Heer.

Von dem, was die verschwenden, von dem, was da veraast: könnten wir Gutes spenden, wo die Schwindsucht rast.

Der Proletarierjunge krepirt so nebenher ... Pro Mann eine Lunge - das ist unser Heer.

Es fällt durch graue Scheiben ein trübes Tageslicht; die Kranken, die da bleiben, überleben den Sommer nicht.

»Zeigen Sie mal die Zunge! Na ja - das wird nichts mehr!« Pro Mann eine Lunge - das ist unser Heer!

Sie haben Feldgeschütze, Schiffskreuzer und Musik; in schwarz-rot-goldner Mütze bezahlt die Republik.

Sie setzen an zum Sprunge. Sie sind das Militär. Sie stehlen uns Herz und Lunge. Wann - Junge! Junge! - wirfst du sie in hohem Schwunge ihrem Kaiser hinterher ?

Kurt Tucholsky (1928)

**DU BIST**  
Arbeiter  
**KLASSE!**

Oder gehört Deine Firma Dir?

Klassen Bewusst sein - Mitglied werden!

**DKP**  
Deutscher Kommunistischer Partei

## Du bist Klasse!

Der Widerspruch zwischen Arm und Reich - zwischen Kapital und Arbeit - ist real

Ja, Du bist Klasse! Aber egal wie gut Du auch bist, in diesem kapitalistischen Land, in dieser kapitalistischen Welt, hängt die Erfüllung Deiner Träume, Deiner Chancen und Lebensperspektiven nicht davon ab wie gut Du bist. Sie hängt vielmehr davon ab, ob Du zu den besitzenden und reichen Schichten der Gesellschaft gehörst - oder eben, wie 99% der Gesellschaft, nicht.

Egal, ob Du die Begriffe Proletariat, Klasse oder gar Arbeiterklasse als überholt oder antiquiert empfindest, egal ob Du Dich für Politik interessierst oder auch nicht, Dein Lebensweg wird von dieser realen Situation geprägt sein, solange die Profitlogik des Kapitals das bestimmende Kriterium unserer Gesellschaft darstellt.

Uns wird vorgegaukelt, dass in dieser Wirtschaftsdemokratie jede und jeder die Chance hätte Reichtum und Profit zu erwirtschaften. **Aber ist dem wirklich so? ...**

**weiter S.4**



[www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de](http://www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de)



# Kompass in stürmischen Zeiten

Fortsetzung von S.1

**Laut der „globale Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam“ besitzen 62 Menschen so viel Geld wie die Hälfte der Weltbevölkerung. Das Gesamtvermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung verringerte sich danach in den vergangenen fünf Jahren um rund eine Billion US-Dollar, eine Abnahme um 41 Prozent, trotz eines Bevölkerungszuwachses von 400 Millionen Menschen.**

Gleichzeitig wuchs das Vermögen der reichsten 62 Personen um mehr als eine halbe Billion US-Dollar. Die Geschwindigkeit, mit der die Kluft zwischen Arm und Reich wächst, ist dabei noch größer als von Oxfam noch vor einem Jahr erwartet: damals prognostizierten sie, im Jahr 2016 werde das reichste Prozent der Weltbevölkerung (70 Millionen Menschen) mehr besitzen als die restlichen 99 Prozent (sieben Milliarden Menschen) zusammen. Tatsächlich wurde diese Schwelle bereits 2015 erreicht, ein Jahr früher als erwartet. Dem Bericht zufolge droht die soziale Ungleichheit die Fortschritte bei der Armutsbekämpfung zu zunichte zu machen.

Dennoch sehen viele Menschen hier keine Zusammenhänge. Selbst nach Eigendefinition linke Kräfte in diesem Land zeigen sich erschreckend orientierungslos: SPD Ortsvereine organisieren Anti-Flüchtlings-Demonstrationen unter dem Motto „Der Norden ist voll“ - Parallelen zu faschistischen Parolen wie „Das Boot ist voll“ fallen ihnen nicht mehr auf.

Die Bundestagsabgeordnete Sahra Wagenknecht von der Partei Die Linke (PdL) sagt: „Wer das Gastrecht missbraucht, hat das Gastrecht verwirkt.“ Das dabei der Gastbegriff Ursachen und Verursacher der Flucht verwischt - denn sein Gebrauch signalisiert mit den Verursachern der Flucht als „Gastgeber“ in einem Boot zu sitzen - spielt dabei keine Rolle. Beispiele, die zeigen, dass diese Krise zum Verlust an Orientierung führt, wenn der grundlegende Kompass fehlt: die Klassenfrage.

Die Flüchtenden kommen wegen Kriegen, wegen Ausbeutung, wegen Zerstörung der Natur, die ein Auskommen ermöglicht. An allem wird verdient und zwar nicht zu knapp. Auch diese Profite sind die Grundlage dafür, dass 62 Superreichen die Hälfte des Weltvermögens, dass zehn Prozent der BRD-Bevölkerung 52 Prozent des BRD-Vermögens gehört.

Die Flüchtenden, die das können, versuchen in die Länder zu kommen, in denen sie Chancen vermuten. Dazu gehört die BRD. Die herrschende Klasse versucht sie zu missbrauchen für imperialistische Strategien nach

außen („die fliehen vor Assad“) oder nach innen („kein Mindestlohn für Flüchtlinge“).

Die Kosten der Flucht tragen nicht die Verursacher - Nein, die Kosten der Flucht werden über die Kommunen und Länder so verteilt, dass sie wiederum die Armen treffen, die „Inländer“ und die Flüchtenden. Denn dadurch wird natürlich die Schuldenlast der Städte und Gemeinden steigen und natürlich werden diese gestiegenen Schulden wieder der Grund für Schließungen, Kürzungen und Privatisierungen sein.

Die Flüchtenden kommen aus Ländern, in denen die Gewalt regiert, in denen die NATO und die führenden imperialistischen Mächte - darunter auch Deutschland, die USA und die Türkei - die staatliche Ordnung zerstört haben. Dort gilt das Recht des Stärkeren und in manchen Gebieten überlebt sicherlich nur der, der in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu „organisieren“ - egal wie. Diese Kriege bekämpfen den Terror nicht, sie befördern ihn! Die wahren Hintergründe für die Kriege liegen in Verteilungskämpfen - Verteilung von Rohstoffen und militärischen Einflussgebieten.

Imperien wollen ihre Zugriffe auf Rohstoffe und ihre strategischen Einflusszonen vergrößern.

**In der Diskussion über Flucht und Flüchtlinge, wird versucht von diesen tatsächlichen Ursachen abzulenken.**

Man kommt zwar nicht drum herum den Krieg in Syrien als Ursache für einen Teil der Flüchtlinge zu benennen, aber immer noch wird vom Bürgerkrieg gesprochen. Und das obwohl seit langem führende imperialistische Länder offen militärisch eingreifen, nachdem die vorherige verdeckte Unterstützung der sogenannten Opposition nicht zum Ziel führte. Verursacher des Ganzen ist natürlich das Assad-Regime. Keiner kann diesem zwar die Legitimität absprechen, egal - man muss ja nur lange genug medial wirken. Einen zusätzlichen Schuldigen hat man jetzt mit Russland. Dass der Einsatz Russlands der einzige ist, der, weil er auf Ersuchen der legitimen Regierung erfolgt, vom Völkerrecht gedeckt ist - egal.

Der Krieg in Afghanistan soll als Fluchtursache gar dadurch vertuscht werden, dass man zumindest Teile von Afghanistan zum „sicheren Dritt-

land“ erklärt. Klar, die Bundeswehr ist ja vor Ort, da muss es ja sicher sein. Menschenverachtend ist das - aber viele Medien plappern den Unsinn nach.

In Libyen hat der imperialistische Krieg zur völligen Destabilisierung geführt, die staatliche Ordnung zerstört, den Menschen jegliche Perspektive genommen. Nein, es wird nicht über den ursächlichen Krieg oder gar Entschädigung für die Menschen, sondern über eine neue Militärintervention geredet.

Und, wo es nicht die Kriege der Imperialisten sind, die Menschen zu Flüchtlingen machen, da ist es die imperialistische Ausbeutung. Sie zerstört die Natur und die natürlichen Lebensgrundlagen oder sie nimmt den Menschen ihre Existenzgrundlagen, in dem z.B. die Fischgründe vor den Küsten Afrikas leergefischt werden.

Wer dann, nachdem er den Krieg in der Heimat und die Flucht überlebt hat, Monate in riesigen Zelten, fast ohne Privatsphäre gelebt hat - wer dort jetzt seine Kindheit oder Pubertät verbringt - der wird oft nicht zum „braven Engelchen“ gemacht werden. Das soll man keineswegs gut finden, aber wer aufhört nach den Ursachen zu fragen, bei dem geht der Kompass verloren wie bei den genannten SPD-Ortsvereinen.

Das alles geschieht quasi im Windschatten einer gewaltigen Steigerung von Rassismus in unserem Land, für die die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln ausgenutzt werden. Es ist klar, dass sexuelle Übergriffe widerwärtig und zu bestrafen sind. Es ist klar, dass sie noch widerwärtiger sind, wenn sie von Rudeln von Männern begangen werden. Noch widerwärtiger ist aber, was seitdem läuft.

Diese Ereignisse beherrschten über Wochen die Medien. Seitdem ist es völlig üblich, dass alle Straftaten, über die berichtet wird, ethnisiert werden - andere fallen unter den Tisch. So konnte man Mitte Februar plötzlich hören, dass in Dortmund Hausdurchsuchungen bei Neonazis stattfanden, weil diese in der Silvesternacht Polizisten angegriffen hätten - wurde darüber nicht berichtet, weil die Faschisten nicht wie sogenannte „Nordafrikaner“ aussahen?

Der wachsende Rassismus wird ausgenutzt, zur Spaltung der Klasse im Allgemeinen, wenn uns das



# Kompass in stürmischen Zeiten



scheinbare „Wir“ in den Mund gelegt wird: Auf der einen Seite stehen danach angeblich „wir“ Deutschen, auf der anderen die Flüchtlinge. Aber die Interessen der Mehrheit der Deutschen unterscheiden sich nicht von den Interessen der Flüchtlinge in Deutschland. Die Unterscheidungsgrenzen verlaufen in Wirklichkeit zwischen oben und unten, zwischen Arm und Reich - zwischen Profiteuren und Verursachern von Flucht einerseits und andererseits denen, die die Konsequenzen dieses Profitstrebens zu tragen haben - egal ob Flüchtlinge oder Deutsche!

Dieser Rassismus wird ausgenutzt, zum Abbau der letzten Reste des Asylrechts, zum Abbau demokratischer Rechte, zum Ruf nach mehr Polizei und Überwachung im Konkreten. Wie schnell das alles geht wird gerade auch in Frankreich demonstriert. Monatelanger Ausnahmezustand als Grundlage für Demonstrationsverbote, Hausdurchsuchungen, Bespitzelungen und Überwachung. Jetzt wurde der Ausnahmezustand

sogar in der Verfassung verankert. Es besteht dort nun die Möglichkeit die Staatsbürgerschaft abzuerkennen - also ein dramatischer Abbau von demokratischen Rechten - unter einem Präsidenten, der sich Sozialist nennt, wurde dies in wenigen Wochen in Gesetzesform gegossen - das ist schon eine neue Dimension.

## Was passiert wohl, wenn dort demnächst der faschistische „Front National“ die Wahlen gewinnt?

Aber es stimmt, dass diejenigen Menschen, die sich Sorgen um ihre Zukunft machen, weil sie jetzt schon in armen Vierteln wohnen und noch mehr Verarmung fürchten, den richtigen Instinkt haben. Sie geben sich selbst nur die falsche Antwort, wenn sie in den Flüchtlingen die Verursacher sehen. Sie haben auch recht, wenn ihnen unsere allgemeine Antwort: „Refugees welcome - Wir müssen gemeinsam kämpfen“ nicht reicht. Obwohl sie richtig ist.

Linke müssen konkrete Zusammenhänge und daraus resultierende Ziele

benennen. Der Leerstand von Gebäuden und Wohnungen muss zu Aktionen führen, die diesen kennzeichnen und bezahlbaren Wohnraum für alle fordern. Der Reichtum, der durch Kriege und Rüstungsexporte entsteht, muss mit Firmen und Inhaber benannt werden. Deren Profiteure müssen beziffert und zur Beschlagnahme markiert werden, damit die soziale Not der Armen, der Arbeitslosen und der Flüchtlinge beendet werden kann.

Wir müssen die Ursachen benennen und die Verursacher. Wir müssen ihren Reichtum anprangern, der auf Ausbeutung und Blut beruht. Reichtum, mit dem wir in der Lage wären, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, hier in Deutschland, in Europa - und auf der ganzen Welt. Wenn dies wahr werden soll, dann benötigen wir auch wieder den Kampf für eine andere, eine gerechtere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung:

**für den Sozialismus!**

## Warum ist meine Miete so hoch?

### Der „plötzliche“ Wohnungsmangel in Deutschland

**Seit letztem Sommer wird wieder über Wohnungsmangel geredet. Der Grund dafür? Die Flüchtlinge, die untergebracht werden müssen. Seitdem steigen mancherorts die Mieten deutlich, und das löst bei vielen Angst aus.**

Aber Wohnungsnot ist nichts Neues; die Wohnungslosigkeit steigt in der Bundesrepublik seit einigen Jahren. Dafür gibt es viele Gründe - in den Städten, in denen leicht Arbeit zu finden ist, sind die Mieten besonders hoch, Menschen, die von Hartz IV leben, finden keine Wohnungen, die vom Jobcenter bezahlt werden, und die Lohnentwicklung lässt keinen Spielraum für höhere Mieten. Aber der wirkliche Grund für den Mangel an Wohnungen ist, dass es einen Wohnungsmarkt gibt.

Die Anhänger des Marktes behaupten, wenn die Nachfrage steigt, steigt auch das Angebot. Und wenn die Preise zu hoch würden, ginge die Nachfrage zurück, bis der Preis wieder stimmt. Nur - man kann nicht darauf verzichten, irgendwo zu wohnen. Selbst dann nicht, wenn die Miete zu hoch ist. Und die Anbieter auf dem Wohnungsmarkt haben kein wirkliches Interesse daran, dass die Mieten sinken. Sie wollen vor allem die höchste Rendite aus dem Angebot an Wohnungen ziehen. Das war selbst in der Bundesrepublik

nicht immer so. Nach dem zweiten Weltkrieg, als viele Städte schwer zerstört waren, überließ man es aus gutem Grund nicht den Gesetzen des Marktes, für neue Wohnungen zu sorgen. Es gab eine gesetzliche Mietobergrenze und Wohnungen wurden vor allem von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften errichtet, die

Mittlerweile gibt es hunderttausende Wohnungen zu wenig.

Das Ergebnis: in manchen Städten müssen ärmere Mieter die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aufwenden, und in der reichen Bundesrepublik steigt die Wohnungslosigkeit. Kein Wunder, dass es vielen Menschen Angst macht, wenn neue Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt auftaucht.

### Eine Angst, die es nicht geben müsste.

Die Arbeiterbewegung hat immer darauf bestanden, dass Wohnen ein Menschenrecht ist; der soziale Wohnungsbau in der BRD war ebenso ein Ergebnis der Kämpfe um dieses Recht wie die günstigen Wohnungen in der DDR, wo eine Wohnung kaum mehr als 90 Mark im Monat kostete.

Es ist eine politische Entscheidung, ob man Menschen dem Markt ausliefert, wenn es um das Dach über ihrem Kopf geht, und sie zu Konkurrenten gegeneinander macht, oder ob man sich bemüht, die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Auf der einen Seite in dieser Auseinandersetzung stehen der Staat und die großen Wohnungsunternehmen, auf der anderen Seite stehen die Mieter - ob mit oder ohne deutschen Pass.



nicht das Ziel hatten, damit Gewinne zu machen.

Erst in den 1970er Jahren wurde die Miethöhe wieder freigegeben, und kurz danach wurde auch der gemeinnützige Wohnungsbau weitgehend aufgegeben. Inzwischen müssen selbst kommunale Wohnungsgesellschaften Gewinne erzielen, und die einzige übrig gebliebene Form nicht gewinnorientierten Wohnungsbaus sind die Genossenschaften.



# Du bist Klasse!

Fortsetzung von S.1

Profit wird nur dann erzielt, wenn zusätzlich zu den eingesetzten Kosten Gewinn erwirtschaftet wird. Nur die Wenigsten haben so viel Vermögen eine Firma oder Maschinen zu besitzen und selbst davon werden die Meisten im Verdrängungswettbewerb über kurz oder lang ruiniert, denn die Wirtschaft wird von großen finanzkräftigen Konzernen und Banken beherrscht. Wenn Du folglich keine Firma und keine Produktionsmittel besitzt, wirst Du immer gezwungen sein, Deine Arbeitskraft anzubieten um Leben zu können und wenn Du das tust, wird man Dir immer nur einen Teil der von Dir mit Deiner Arbeit wirklich erwirtschafteten Gewinne auszahlen.

Dabei ist das Interesse Deiner „Arbeitgeber“ selbstverständlich darauf gerichtet den Dir zustehenden Teil dessen so gering wie möglich zu halten, denn je niedriger Deine Entlohnung ist, umso höher ist ihr Profit.

Keine einzige soziale Leistung, keine Lohnerhöhung, keine Arbeitszeitverkürzung wurde in dieser Gesellschaft freiwillig von den Besitzenden vergeben. Alles, was wir heute an sozialen Leistungen kennen und gewohnt sind, wurde in der Vergangenheit von den arbeitenden Menschen hart erkämpft - teilweise in blutigen Auseinandersetzungen.

Ein wichtiger Eckpfeiler dieser vermeintlich „Sozialen Marktwirtschaft“ in Deutschland ist das Prinzip der sogenannten „Sozialpartnerschaft“ - angeblich ein wichtiger Erfolgsfaktor der deutschen Wirtschaft. Sozialpartnerschaft bedeutet danach, dass Arbeitgeber und Beschäftigte, letztere wo möglich vertreten durch ihre Betriebsräte und Gewerkschaften, „gemeinsam Verantwortung tragen“ würden. Ein Hohn wenn man sich die Wirklichkeit in diesem Land anschaut.

Wenn „gemeinsame Verantwortung“ funktionieren würde, warum wird dann der Anteil der Menschen, die von ihrer Arbeit nicht mehr leben können in

unserer Gesellschaft immer größer? Warum sinkt die Lohnquote, warum wird die Arbeitszeit immer mehr verlängert und warum wird der Druck auf Beschäftigte in den Betrieben immer schlimmer? Warum werden Reiche immer reicher und die Masse immer ärmer? Warum bestimmt das Einkommen der Eltern noch immer den Bildungsgrad der Kinder?

Wenn es stimmen würde, dass „wir“ alle in einem Boot sitzen, warum werden unsere sozialen Errungenschaften dann immer weiter abgebaut? Heute zahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland für die

Wenn man nüchtern die Fakten analysiert, dann haben sich Beschäftigte in der Vergangenheit einige Erfolge erkämpft. Aber unter dem Strich befinden sie sich spätestens seit der zwischenzeitlichen Niederlage der sozialistischen Gesellschaftssysteme wieder in permanenten Abwehrkämpfen. Die reale Welt ist durch den Gegensatz von Arbeit und Kapital geprägt. Jeder Euro mehr für Beschäftigte, jeder zusätzliche Arbeitsplatz, muss immer gegen den Willen des Kapitals erkämpft werden.

Mag sein, dass viele Menschen heutzutage Begriffe wie Arbeiterklasse und Klassenkämpfe für antiquiert halten. Das Kapital tut es nicht - sie sprechen ganz offen vom „Klassenkampf von oben“, welchen sie ihrer Meinung nach gewinnen werden.

Der Rückzug ins Private funktioniert eben so wenig wie der Versuch die Realität zu ignorieren. Spätestens bei der nächsten Lohnrunde, der nächsten Mieterhöhung, dem nächsten Preisanstieg für Lebensmittel, Kleidung oder andere notwendige Güter oder bei der Schließung kommunaler Einrichtungen wirst Du es merken. Die Liste der negativen Folgen des Kapitalismus für jede/n Einzelne/n ist lang.

Wenn Du wirklich ein selbstbestimmtes Leben führen möchtest, dann ist es wichtig, dass Du diese Realität verstehst und aus ihr die richtigen Schlüsse ziehst. Du bist Klasse - Du gehörst zur Arbeiterklasse! Nur wenn wir, die Mehrheit der Gesellschaft, die Nicht-Besitzenden, die Arbeiterklasse, uns zusammmentun und gemeinsam für unsere Rechte kämpfen, dann können wir auch eine bessere, weil gerechte und soziale - eine sozialistische - Welt erschaffen. Denn auch diese sozialistische Alternative ist real. Lass es uns gemeinsam anpacken:

- organisiere Widerstand
- organisiere Dich
- werde Mitglied in der DKP!

Ja, ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Proqramm
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Kontakt: DKP-Parteivorstand,  
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
**Stichwort: Lübeck-Ostholstein**  
dkp.hl-oh@email.de  
[www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de](http://www.dkp-luebeckostholstein.blogspot.de)

Erhöhung von Krankenkassenbeiträgen alleine. Es gab mal eine Zeit, da wurde dies zu gleichen Teilen bezahlt - weil es sich erkämpft wurde!

Es ist ein gesellschaftlicher Skandal, in wie wenigen Händen der Reichtum konzentriert ist, und diese Ungleichheit wächst von Jahr zu Jahr. Dabei wird die Zahl der Abgehängten und Langzeitarbeitslosen nicht kleiner sondern stetig größer. Die Armut in der Welt steigt. Es mag sein, dass die Sozialpartnerschaft ein Erfolgsfaktor der deutschen Wirtschaft ist. Aber ist sie das auch für uns, die Mehrheit der Bevölkerung?

## Wenn Menschenrechte wichtig wären...

### Das türkische Massaker an den Kurden stört Merkel & Co nicht!

**Wann immer es in unserem Land um die Rechtfertigung von Kriegen geht, wird das Märchen von der Verteidigung der Menschenrechte aus der Mottenkiste der Propaganda hervorgezaubert. Wie wenig Menschenrechte bei der Erreichung imperialistischer Ziele für die Regierung wirklich zählen, erleben wir zurzeit in der Kurdenfrage.**

Als vor einhundert Jahren Deutschland und das damalige Osmanische Reich, der Vorgängerstaat der heutigen Türkei, im ersten Weltkrieg ver-

bündet waren, wurde von letzteren im Windschatten des Krieges der Völkermord an den Armeniern begangen. Es dauerte besagte einhundert Jahre, bis dies im vergangenen Jahr seitens der deutschen Regierung eingeräumt wurde.

Heute, wiederum ein Jahr später, sucht die deutsche Regierung nach einer Lösung in der selbstverschuldeten Flüchtlingsfrage. Frau Merkel möchte - entgegen der nach Außen dargestellten Weltoffenheit - eine Kooperation mit der Türkei eingehen,

damit diese Flüchtlinge erst gar nicht nach Europa weiterreisen lässt. Dabei entblödete man sich zwischenzeitlich noch nicht einmal die Türkei als sogenanntes „sicheres Herkunftsland“ einstufen zu wollen.

Frau Merkel reiste hierfür, unter anderem mitten im türkischen Wahlkampf, mehrfach nach Ankara und traf sich mit dem türkischen Diktator Erdogan und seinem Premierminister Davutoglu. Sie tat dies in Zeiten, in denen die türkische Polizei und Armee einen grausamen Krieg in den

>>>

# Wenn Menschenrechte wichtig wären...



kurdischen Regionen des Landes und in den kurdisch verwalteten Regionen Syriens führt.

Wenige Stunden vor Merkels Staatsbesuch Anfang Februar hatten Polizei und Armee in der kurdischen Stadt Cizre ein Massaker begangen. Sanitäter hätten Dutzende leblose Körper in einem Keller gefunden, wie damals Vertreter der prokurdischen Partei der Demokratischen Regionen (DBP) erklärten.

Der staatliche türkische Fernsehsender TRT hatte in der Nacht zum 08. Februar 2016 unter Berufung auf Regierungsvertreter gemeldet, bei Gefechten seien 60 Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans PKK in durch Tunnel verbundenen Kellergeschossen getötet worden. Es habe zwar zwei schwere Explosionen, aber keine Gefechte gegeben, widersprach der Abgeordnete der linken Demokratischen Partei der Völker (HDP) Faysal Sariyildiz in Cizre gegenüber der Nachrichtenagentur Firat News.

In einem der von den Einsatzkräften angegriffenen Keller hatten nach HDP-Informationen 62 Personen Schutz gesucht, mehrheitlich Verwundete, darunter Frauen und Kinder. In dem Gebäude waren bereits in der Woche davor neun Menschen bei einem Feuer ums Leben gekommen, da die Polizei der Feuerwehr die Zufahrt in das Stadtviertel verwehrt hatte. Ein Jugendlicher wurde zudem beim Verlassen des Hauses erschossen.

Wie der außenpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke im deutschen Bundestag, Norman Paech, Anfang März berichtete finden Angriffe in verschiedenen Regionen und Städten des kurdischen Gebietes nach wie vor statt. Die Ausgangssperre ist zwar aufgehoben worden, die Menschen dort leben aber weiter wie unter einem Besatzungsregime. Die Bevölkerung werde belästigt, Frauen werden verfolgt, immer wieder werden Menschen von türkischen Scharfschützen aus dem Hinterhalt erschossen. Nach sei-

ner Auskunft geht es der türkischen Armee nicht darum, die kurdische Arbeiterpartei PKK unter Beschuss zu nehmen, sondern die Bevölkerung solle insgesamt demoralisiert werden. Das ginge so weit, dass die Türkei Nacktfotos weiblicher Opfer an die Öffentlichkeit gäbe.

Gleichzeitig beschloss die türkische Armee Stellungen der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) im Norden Syriens bis zum Einsetzen der



Flüchtlinge an der Grenze zwischen Syrien und der Türkei © Sedat Suna/EPA/dpa

Waffenruhe. Dabei wurden nach Angaben der syrisch-kurdischen Nachrichtenagentur ANHA bei der Stadt Afrin viele Zivilisten getötet oder verwundet. Erstmals seien auch in der türkischen Grenzprovinz Hatay stationierte Mittelstreckenraketen zum Einsatz gekommen, meldeten türkische Zeitungen.

Frau Merkel sagt dazu kein Wort. Stattdessen fordert sie eine »Schutzzone« in Syrien ein. »In der jetzigen Situation wäre es hilfreich, wenn es dort ein Gebiet gäbe, auf das keine der Kriegsparteien Angriffe fliegt, also eine Art Flugverbotszone.« sagte sie der Stuttgarter Zeitung. Dazu solle eine Vereinbarung zwischen Unterstützern und Gegnern des syrischen Präsidenten Baschar Al-Assad geschlossen werden. Die eine der Kriegsparteien, die dschihadistischen und anderen Terrormilizen, verfügen allerdings über keine Fluggeräte. Die Türkei hätte somit freies Spiel für den

Einmarsch in das syrische Kurdengebiet. Entsprechend begeistert reagierte die türkische Regierung.

Mehr oder weniger zeitgleich wurde Ende Februar der NATO-Einsatz im Mittelmeer für Anfang März bekanntgegeben. Der Generalsekretär der Koalitionsallianz, Jens Stoltenberg, erklärte, es gehe um die »Unterbrechung der Wege von Schleusern und der illegalen Migration«. Angeblich sollen die Kriegsschiffe, in enger Kooperation mit der EU-Grenzagentur Frontex, das Seegebiet zwischen Griechenland und der Türkei überwachen, Informationen über Menschensmuggler und Flüchtlingsboote sammeln und die Daten anschließend an die Küstenwachen der beiden NATO-Staaten weitergeben. Aufgegriffene Schutzsuchende sollen direkt in die Türkei zurückgebracht werden. Die Bundesrepublik stellt im Rahmen des »Ständigen maritimen Einsatzverbands der NATO 2« (SNMG 2) mit dem Versorger »Bonn« das Flaggschiff des Einsatzes. Das Kommando hat zurzeit der deutsche Flottenadmiral Jörg Klein inne.

Statt also zu fordern die Angriffe auf die Kurden in Syrien einzustellen, welche einzig erfolgreich gegen den sogenannten „IS“ kämpfenden, und die Massaker an den Kurden in der Türkei auf das schärfste anzuprangern, unterstützt der deutsche Imperialismus die türkischen Schlächter noch in ihren Anliegen.

Und die Moral von der Geschichte? Wenn es den Interessen des deutschen Kapitals dient, interessieren Menschenrechte in keiner Weise!

## Wir fordern:

- Solidarität mit dem Kurdischen Volk
- Bombardements sofort beenden
- Unterstützt das freie Rojava
- Rückkehr zum Friedensprozess mit der PKK
- Stopp der imperialistischen Neuordnung des Mittleren- und Nahen Ostens

## Die Griechen haben genug gezahlt !

**Deutschland hat finanziell stark von der Griechenlandkrise profitiert“ lautete eine Pressemitteilung des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).**

Man braucht keine Leserin der Bild-„Zeitung“ sein, um diese Meldung schräg zu finden. Gehen doch Milliardenkredite nach Griechenland, um zu „helfen“. Worauf also bezieht sich das IWH? Auf eingesparte Kreditzinsen: „Jedes Mal, wenn es für die Finanzmärkte in den letzten Jahren negative Neuigkeiten zum Thema Griechenland gab, fielen die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen.“ Der deutsche Staat bekommt seine Kredite also umso günstiger, je schwerer es der griechische hat, überhaupt noch Kredite zu bekommen. Dass kennen wir aus eigener Erfahrung: Wer nix hat, muss für Kredite höhere Zinsen zahlen

als jemand, der gar keinen Kredit braucht. Zusätzlich müssen wir berücksichtigen, dass Griechenland mit jedem „Rettungspaket“ vor allem eines tut: fällige Kredite abbezahlen - mit Zinsen. Um dieses „frische“ Geld zu bekommen, müssen Auflagen erfüllt werden, die wesentlich aus deutscher Feder stammen: der griechische Staat wird geschliffen, öffentliches Eigentum verkauft (u.a. an deutsche Unternehmen), Renten gekürzt. Dass 50 Prozent der griechischen Jugend arbeitslos sind und der griechische Staat ihnen Ausbildung oder Studium bezahlt hat, um sie dann ziehen zu lassen, weil sie im eigenen Land keine Perspektive haben, ist in der Rechnung des IWH noch nicht einmal drin. Auch von diesen qualifizierten Arbeitskräften profitieren deutsche Unternehmen und der deutsche Staat, der seine Bildungsausgaben künstlich niedrig hält.



# Besser als der beste Kapitalismus

Die Leistungen des Sozialismus in der DDR lassen sich an den heutigen Zuständen ablesen:

**Kriege, Not, Elend und ein deutscher Imperialismus, der wieder einmal auf dem Sprung ist. Betrachtungen zur Konterrevolution vor 25 Jahren.**

Der 3. Oktober 1990 war ein schwarzer Tag für die gesamte Linke in Deutschland und darüber hinaus. Die Ereignisse und Entwicklungen, die an dieses Datum geknüpft sind, fügten ihr eine schwere Niederlage zu, von der sie sich bis heute nicht erholt hat. Verkümmern und Verfall, Resignation und Orientierungslosigkeit waren das unmittelbare Ergebnis, das noch immer das Fortkommen einer grundsätzlichen Opposition lähmt. Auch wenn damit noch lange keine Lösung geboten wird, spricht viel dafür, sich des eigenen Erbes zu besinnen, auch und vor allem angesichts der gegenwärtigen Misere. Oder anders gesagt: Das Verhältnis zum realen Sozialismus in Europa und im Speziellen zur DDR ist für jeden Linken ein Prüfstein, der ehrlich den Anspruch hat, den gegenwärtigen Kapitalismus zu überwinden und eine sozialistische Entwicklung einzuleiten.

Nostalgisch ist daran nichts. Gewiss, der Sozialismus in Europa bzw. der Sozialismus in der DDR war am Ende zu schwach, zu ausgezehrt, zu zerrüttet, um den inneren Widersprüchen zu begegnen, die Angriffe von außen abzuwehren, den konterrevolutionären Bestrebungen entgegenzutreten. Dem Imperialismus nun aber vorzuwerfen, dass er diesen Zustand herbeigeführt, gefördert und ausgenutzt hat, ergibt wenig Sinn, das war sein Job und wird es bei Strafe seines Untergangs immer sein. Gleichwohl, eine gründliche Analyse, wie es soweit kommen konnte, bleibt unverzichtbar, wenn weiterhin die Absicht besteht, daraus die notwendigen Konsequenzen für einen erneuten Anlauf, einen erneuten Ausbruch aus dem Kapitalismus zu ziehen.

Das aber wird nur gelingen, wenn man sich grundsätzlich auf die Seite des Sozialismus stellt, so, wie er sein soll, aber eben auch so, wie er war. Man entschuldigt sich nicht beim Klassengegner - nicht für die einstmalige Verteidigung des Sozialismus und auch nicht für dabei gemachte Fehler. An einer Fehleranalyse hat dieser Klassengegner nämlich naturgemäß kein Interesse. Bei SPD und Grünen, die irgendwann einmal zumindest vorgaben, etwas anderes zu wollen als die reine Bewahrung des Kapitalismus, verhält es sich nicht unbedingt anders. Um gar nicht in die Nähe

einer Sympathie für den gewesenen wie den zukünftigen Sozialismus zu geraten, bitten sie um nachträgliche Entschuldigung für das Wagnis der Überwindung des Kapitalismus, leisten Abbitte für ehemals radikalere Positionen, wünschen Pardon für die Enteignung der Faschismusförderer und Kriegsverbrecher, der Großkonzerne und Junker. Es geht ihnen um die Verbreitung ihrer »Wahrheit«: Der Sozialismus hatte keine Fehler, der Sozialismus war der Fehler. Bedauerlicherweise lässt sich auch von der Linkspartei bzw. ihrer Vorgängerorganisation nicht behaupten, dass sie in dieser Frage Haltung bewiesen hätte. Das Bekenntnis zu einem wie

ne Einsatz des Militärs war ihm nicht mehr ohne weiteres möglich. Zugleich nivellierte der Sozialismus die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten so stark, dass diese Kriege gegeneinander unterließen und auch kaum mehr ihre Stellvertreterkriege untereinander ausfochten. Anders als irgendwann einmal behauptet, war der Imperialismus zu keiner Zeit »friedensfähig«. Aber der reale Sozialismus zwang ihn zu einer relativen Friedlichkeit.

Das war einmal. Heute erleben wir eine Welt, in der Krieg wieder zum Normalzustand geworden ist. Seit der durch SPD und Grüne organisierten



„Architektonische Allegorien zweier Staaten, die unterschiedlicher nicht sein können. Hier der Palast der Republik, dem das Konzept des Volkshauses der sozialistischen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts zugrunde lag, ...“

auch immer gestalteten Sozialismus ist zwar nach wie vor programmatisch verankert, ein Bezug zur Vergangenheit in den letzten Jahren aber weitgehend gekappt worden. Das Bedürfnis, sich für die Taten oder Untaten der DDR entschuldigen zu müssen, erschien so zwanghaft, dass man sich fragen musste, wann eigentlich das nächste »Mea culpa« ausgesprochen würde. Signalisiert wird damit: Auch wir wollen mit dem gewesenen Sozialismus nichts mehr zu tun haben. Dabei gibt es gute Gründe, sich seiner zu erinnern.

## Von der Kette gelassen

Auch als es ihn gab, hatte der Imperialismus nicht aufgehört, das zu tun, was er am besten kann und was ihn so verabscheuungswürdig macht: Er raubte, er mordete, er führte Krieg. Letzteres besonders brutal auch und gerade gegen Versuche, eine Gesellschaft jenseits von Unterwerfung, Kolonialismus und Kapitalismus zu errichten, wie in Korea und Vietnam. Gleichwohl zwang dieser Sozialismus seinen Kontrahenten zu einer veränderten Strategie. Der jederzeitige offe-

Teilnahme der Bundeswehr am völkerrechtswidrigen Bombardement gegen Jugoslawien 1999 ist auch der deutsche Imperialismus wieder dabei. Nach dem Ende der DDR konnte er sich von einem quasi gefesselten Imperialismus zu einer Macht entwickeln, die über die Kontrolle des EU-Hinterlands daran arbeitet, den Abstand zum US-Imperialismus zu verringern. Dabei gilt jedoch:

Der Jugoslawien-Krieg hätte im Falle einer da noch existierenden DDR nie stattgefunden, die derzeit schlimmste Gefahr für den Frieden, die NATO-Osterweiterung, wäre ohne Umwälzung der ehemals sozialistischen Staaten nicht möglich gewesen. Die Vorstellung, mit militärischen Mitteln ließe sich unter den obwaltenden Umständen irgend-

etwas zum Besseren wenden, weisen Kommunisten als illusionär und verhängnisvoll zurück. Zudem darf angenommen werden, dass eine Billigung von Kriegseinsätzen ganz gleich welcher Art die letzte Bedingung einer Regierungsbeteiligung darstellt.

Kräfte in- und außerhalb der Linkspartei arbeiten seit langem daran, dieses Ticket zu lösen. Die ersten Schritte sind längst gegangen, ehemals konsequente Positionen bereits unterminiert. Wenig spricht dafür, dass dieser Trend zu stoppen ist.

Weltweit 60 Millionen Menschen befinden sich in diesen Tagen auf der Flucht, Tausende ertrinken im Mittelmeer, etliche ersticken in Lkw. Und in diesem Land finden erneut rechte Aufmärsche gegen Flüchtlinge statt, ereignen sich beinahe täglich Anschläge auf deren Unterbringungsstätten. Die katastrophalen Ausmaße dieser Zustände stehen in einem ursächlichen Zusammenhang mit einem System, das infolge seines alles beherrschenden Profit-, Konkurrenz- und Ausbeutungsprinzips gleichsam naturwüchsig Elend, Not und Krieg produziert.

# Besser als der beste Kapitalismus



Angesichts dessen ist eine zweite Leistung des Sozialismus kaum in ihrer historischen Größe zu erfassen. Er ermöglichte und förderte (politisch, finanziell und teilweise auch durch militärische Unterstützung) die Zurükkdrängung von Kolonialismus und Neokolonialismus. Befreiungsbewegungen in den damals direkt abhängigen Ländern konnten genauso auf die Unterstützung der DDR zählen wie fortschrittliche und Friedenskräfte in den kapitalistischen. Da floss viel Geld, auch an die DKP, genauso wie an Kräfte der Friedens- und der antifaschistischen Bewegung in der BRD. Viele wussten das, einige schämten sich deswegen. Aber musste sich die DDR dafür schämen, dass sie das tat? Sicher nicht. Der Imperialismus finanzierte seinerseits die Konterrevolutionen in Chile und Portugal und lieferte Waffen zur Liquidierung der Fortschrittskräfte weltweit.

## Formieren und niederwalzen

Deutlich ist heute spürbar, was zu Zeiten der Existenz des realen Sozialismus mancher Gewerkschafter nur hinter vorgehaltener Hand aussprach: Die DDR saß bei Tarifgesprächen als unsichtbarer Verhandlungspartner mit am Tisch. Zu manchem Zugeständnis war das Kapital damals bereit. Denn der BRD kam auch eine Schaufensterfunktion zu: Es sollte ein Land präsentiert werden, das »Wohlstand für alle« garantierte und ein schier unerschöpfliches Warenreservoir zu bieten hatte; ein Land zumal, in dem die Integration der Arbeiterklasse großenteils gelingt und die Sozialstaatsillusion weitgehend verfangt.

Alles wurde anders mit dem Datum 3. Oktober 1990. Die Zerschlagung der Industrie in der DDR und eine wachsende Massenarbeitslosigkeit in ganz Deutschland waren geeignete Anknüpfungspunkte für eine Offensive des Kapitals. Wie so oft in solchen Fällen bediente man sich zur Ausführung der schlimmsten Angriffe auf die Rechte und Errungenschaften der Arbeiterbewegung deren immer noch maßgebenden und einflussreichen Teils - der alten Sozialdemokratie. Agenda 2010 und Hartz-Gesetze waren die Waffen, mit denen man Deutschland im Verhältnis zu seiner Produktivität zu einem Niedriglohnland zurechtstutzte. Das wiederum schuf die Voraussetzung dafür, die übrigen Staaten der EU - der Beseitigung der Zollschranken und der Einführung des Euro sei Dank - mit deutschen Exportwaren zu überschwemmen, niederzuwalzen, auszu-  
poweren.

Exportorientierung und Strukturreformen auf der einen, der Verlust einer über den Kapitalismus hinausgehenden Perspektive seitens reformistischer politischer Kräfte und der Gewerkschaften - auch eine Folge der Ergebnisse des 3. Oktober 1990 - auf der anderen Seite ließen die Ideologie der Standortlogik innerhalb der Arbeiterbewegung triumphieren. Die unreflektierte Hinnahme dieser Ideologie vor allem bei den Funktionären der Arbeiterbewegung, die auf die Bewusstseinsbildung der gesamten Klasse keinen unerheblichen Einfluss ausübten, hatte und hat verheerende Folgen. Denn sie suggeriert, es gebe eine Interessenübereinstimmung zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Herrschenden und Beherrschten.



.... dort am selben Ort die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses, kaiserliche Residenz des 1871 mit »Blut und Eisen« geformten Deutschen Reichs"

Die Akzeptanz einer solchen Behauptung ist aber die Bedingung, den Nationalismus massenwirksam werden zu lassen. Beispiele, auf welche Weise dieser Nationalismus geschürt werden kann, sind in der jüngeren Zeit hinlänglich bekannt geworden. Prominent und hässlich ist da der, wenn nicht medial ersonnene, so zumindest schrill verstärkte Ruf: »Wir zahlen nicht für faule Griechen«. Zum Zwecke einer Formierung aller Deutschen richtet sich so etwas dann schnell gegen die Flüchtlinge, denen unterstellt wird, sie seien »Wirtschaftsflüchtlinge«, die ohne Gegenleistung vom ins Schweisse unseres Angesichts erarbeiteten Wohlstand profitieren wollten und daher schnellstmöglich in »sichere Drittstaaten« abgeschoben gehörten.

Eine solche nationalistische Formierung vermag immer auch der Aggression nach außen zu dienen, wie sich das in der Feindmarkierung »des Russen« im Zuge der Ukraine-Krise wieder einmal beobachten ließ. Die Kommunisten in der BRD gehen davon aus, dass eine wachsende Aggressivität des deutschen Imperia-

lismus nach innen und nach außen bevorsteht. Die weitgehende ideologische Entwaffnung der Arbeiterbewegung stellt dabei eine erhebliche Gefahr dar. Gleichwohl müssen auf der Grundlage dieser Einschätzung Wege für ein gemeinsames Handeln aller Linken und der Kräfte des Friedens gefunden werden.

## Der Widerspenstigen Zähmung

Eine weitere Entwicklung seit dem 3. Oktober 1990 ist in Augenschein zu nehmen bzw. darf von denjenigen, die noch auf irgendeine Weise an einer gesellschaftsverändernden Perspektive festhalten wollen, nicht übersehen werden. In der DDR wurden Fehler im Umgang mit der Macht begangen. Hauptmoment der Schwäche dieses Staates gegen Ende seiner Existenz war, dass die Arbeiterklasse kein Bewusstsein mehr von ihrer führenden Rolle besaß und die kommunistische Partei das Vertrauen ebendieser Klasse eingebüßt hatte. Dieser Umstand ist nach wie vor gründlich zu analysieren, anstatt ihn, wie es heute in der Regel geschieht, moralisch zu bewerten.

Mangelhafte Analyse ist auch mit Blick auf das kapitalistische Deutschland in seiner politischen Form der bürgerlichen Demokratie festzustellen. Da wird nicht mehr nach seinem Wesen als Herrschaft des Kapitals bzw. des Monopolkapitals gefragt, und über die Fragen der Macht zu reden, gilt als unfein. Das entwaffnet die Linkskräfte, lässt sie durch ihre bloße Parlamentsfixierung verkümmern. Gegen den Kampf um und in bürgerlichen Parlamenten ist nichts einzuwenden, er sollte auch nicht unterschätzt werden. Sobald man allerdings dem Trugschluss aufsitzt, sie seien die realen Stätten der Macht, hat man die Erkenntnisse der politischen Ökonomie und der marxistischen Staatstheorie ad acta gelegt. In den Parlamenten kann dann ungestört geschehen, was eine der Funktionen der Parlamente ist: der Widerspenstigen Zähmung. Der Vorgang lässt sich dieser Tage einmal mehr im Bundestag beobachten.

In der DDR war das Recht auf Arbeit verwirklicht, Arbeitslosigkeit im Grunde unbekannt. Diese Leistung lässt sich 25 Jahre nach ihrer Beseitigung nur noch negativ erfassen: Die Drangsal der Erwerbslosen und der Ausgegrenzten und deren Gängelei von Staats wegen. Letztlich aber betrifft das die gesamte Klasse. Erwerbslosigkeit ist auch ein Kampf- und Spaltungsmittel. Sie ist der beständige Druck, der von der »Reservearmee«



# Besser als der beste Kapitalismus

Fortsetzung von S.7

auf den in Lohn und Brot stehenden Teil der Klasse ausgeht. Eine hohe Arbeitslosenquote bildete die Rechtfertigung der vergangenen Angriffe unter der Bezeichnung Agenda 2010. Weitere Attacken mit dem Ziel einer fortschreitenden Aushöhlung des Streikrechts werden geführt bzw. sind in Planung. Man denke nur an das jüngste Urteil gegen den von der Spartengewerkschaft Cockpit organisierten Streik der Piloten. Schwer vorstellbar, dass man sich das bei Fortexistenz der DDR, bei einem Weiterbestehen des realen Sozialismus getraut hätte. Allerdings darf bei dieser Angelegenheit nicht übersehen werden, dass sich der Widerstand der großen Gewerkschaften bisher in engen Grenzen hält, bisweilen sogar die Kooperation mit dem Kapital gesucht wird, wie das unrühmliche Beispiel Tarifeinheitsgesetz beweist.



Patrik Köbele ist Vorsitzender der DKP

Man mag nun gar behaupten, dass auch die faktische Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus nicht möglich gewesen wäre, gäbe es noch den Konkurrenten von jenseits der Elbe.

Bereits vor 1989 waren die Wohnungen in der BRD eine lukrative Einkommensquelle und die Mieten oft sehr hoch. Trotzdem konnte es sich der westdeutsche Staat nicht leisten, im direkten Vergleich mit der DDR, die um genügend Wohnraum für alle kämpfte, abgehängt zu werden. Die Wohnungen in der BRD waren daher nicht selten schöner und komfortabler. Gleichwohl wird heute ein ganz grundsätzlicher Unterschied des Städtebaus erkennbar. Die Plattenbauten des Ostens verfielen im Westen schon zum Zeitpunkt ihrer Errichtung der Verdammnis, man sah in ihnen schauerhafte Wohnghettos. Heute sind diese Siedlungen mancherorts tatsächlich Stätten der Vereinzelung,

der Vereinsamung und der Verwahrlosung. Dies aber einzig deshalb, weil sie der entscheidenden städtebaulichen Komponente der DDR beraubt wurden: der wohnortnahen Sozialeinrichtungen, die heute oft als Ruinen vergangener gesellschaftlicher Verhältnisse in der Mitte der Wohnbezirke vor sich hin rotten.

## Was lässt sich daraus lernen?

**Der Kapitalismus orientiert sich an Profit und Geldvermehrung, der Sozialismus hatte selbst in der Zeit des Kampfes gegen den Wohnungsmangel ein neues Prinzip hervorgebracht. Eine Stadtplanung, der nicht an Profit, sondern an den Interessen der Menschen gelegen war.**

Heutige Schüler und Studenten haben die Existenz der DDR nicht mehr bewusst erlebt. Sie haben mithin auch nicht mehr erlebt, dass das Bildungssystem der BRD einmal von anderer Gestalt war. Heute besteht eine unverkennbare Ausrichtung der Bildungsanstalten und der Lehrinhalte an den Verwertungsinteressen des Kapitals. Dafür stehen die Schlagworte G 12 und Bologna-Reform, also die Einführung des Bachelor- und Masterstudiums. Etabliert hat man letztlich ein Bildungswesen der gesellschaftlichen Spaltung, das tendenziell die Masse der Menschen mit Grundwissen versorgt und einer kleinen Elite spezielle Techniken und Herrschaftswissen beibringt. In Zeiten, als es noch zwei deutsche Staaten gab, war das etwas anders. Bildungsprivilegien wurden zaghaft abgebaut, dem dreigliedrigen Schulsystem war die Integrierte Gesamtschule zur Seite gestellt, und Arbeiterkinder waren an Universitäten nicht mehr ganz die Exoten, die sie heute wieder zu werden drohen. Die alte BRD stand damals gehörig unter Druck, den ein einheitliches und durchgängiges Bildungswesen der DDR sowie Ansätze der Aufhebung der Trennung von Kopf- und Handarbeit, wie sie im polytechnischen Bildungswesen zum Ausdruck kamen, ausübten.

Damalige Forderungen der Gewerkschaftsjugend und der Schülerbewegung in der BRD lesen sich heute wie Aufrufe zur Revolution. Sie waren allerdings - solange es die DDR gab - keineswegs unrealistisch.

## „Verordnet“, na und?

Ein letzter Aspekt dessen, was war, aber nicht mehr ist.

Der Antifaschismus der DDR, heißt es allenthalben, sei »verordnet« gewesen. Ein Dauerbrenner der Verleumdungen. Der Antifaschismus war, im

Gegensatz zu den westdeutschen Zuständen, den Statuten der DDR gewissermaßen eingeschrieben.

Antifaschisten bauten diesen Staat auf, Antifaschismus war dort Bildungsauftrag. Insofern mag man ihn verordnet nennen. Über seinen Inhalt ist damit noch nichts ausgesagt. Die Mühe einer Auseinandersetzung auf dieser Ebene macht man sich selten. Wer dem untergegangenen Staat vorwirft, er habe seinen Antifaschismus »verordnet«, den empört, dass es überhaupt einen gegeben hat. In der BRD existierte er offiziell erst gar nicht. Faschisten waren beteiligt am Aufbau und Funktionieren eines Staatsapparats, von dem Jahrzehnte später herauskam, dass er von den Umtrieben einer neonazistischen Mordorganisation intime Kenntnisse besaß und sein Personal im Umfeld der Täter agieren ließ. Man mag sich die Frage vorlegen, was mehr Unbehagen bereitet: Ein Staat, der Antifaschismus verordnet, oder einer, der die NSU-Morde an Migranten tatenlos mit ansieht, begleitet und mitunter gar fördert?

Wenn behauptet wird, die relative Stärke der Faschisten im Osten sei die Folge der autoritären Strukturen der DDR, so geht das einigermaßen weit an den realen Ursachen vorbei. Wahr dürfte vielmehr sein, dass man verunsicherte und auch wütende Menschen in deindustrialisierten und kahlgeschlagenen, eher verdorrten als blühenden Landschaften zurückgelassen hat, die für die Demagogie organisierter, nicht selten aus dem Westen importierter (auch das sollte man nicht vergessen) faschistischer Kader empfänglich wurden. Faschistische Pogrome hat es in der DDR jedenfalls nie gegeben.

Es bestand hier nicht, wenn auch dieser Vorwurf erhoben werden mag, die Absicht, Untergegangenes zu beschwören, auf dass es bald wiederkehre. Aber die Leistungen der DDR und des Sozialismus lassen sich ein Vierteljahrhundert nach ihrem Ableben durch ihren Verlust sehr genau bemessen. Die bloße Existenz der DDR verhinderte einen Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus, der heutzutage zum Wehe der Bevölkerungen anderer Staaten eine unheilvolle Machtstellung auf dem europäischen Kontinent einnimmt. Man muss die DDR nicht gemocht haben, um sich zu dieser Erkenntnis durchzuringen.

Es gibt einen zutreffenden Satz des ungarischen Marxisten Georg Lukács, der so geht:

**»Der schlechteste Sozialismus ist besser als der beste Kapitalismus.«**

Daran war zu erinnern.

Patrik Köbele





# Die 30-Stunden Woche: Ein realer Traum

Wer in Vollzeit arbeitet - und das bedeutet in vielen Fällen mehr als eine 40-Stunden-Woche -, dem wird unsere Forderung wie ein Traum erscheinen: 30 Stunden bei vollem Lohn.

Unbezahlte Überstunden und eine hohe und weiter steigende Arbeitsbelastung sind Alltag in Deutschland, wie soll es da gehen, dass wir die 30-Stunden-Woche zur Regel machen?

Fakt ist, wir haben die 30-Stunden-Woche schon - statistisch gesehen. Denn 5,7 Millionen Menschen arbeiten in Teilzeit - überwiegend Frauen. „Geringfügig“ beschäftigt sind sogar 7,3 Millionen Menschen, dazu kommen Aufstocker, LeiharbeiterInnen usw., die alle keine durchgängige Lohnarbeit in Vollzeit ausüben, gerne aber mehr arbeiten (und damit mehr verdienen) würden. Rechnen wir dann noch die „arbeitslos“ gemeldeten Kolleginnen und Kollegen mit, ergibt sich eine Welt jenseits der 40- und mehr-Stunden-Woche.

## Immer weniger Zeit für immer mehr Profit

Tatsache ist, dass die Arbeitsproduktivität gestiegen ist, um 22,7 Prozent zwischen 1991 und 2012 sagt das Statistische Bundesamt. Immer weniger Zeit wird aufgewendet, um ein immer höheres BIP zu erarbeiten. Gleichzeitig sind die Unternehmensgewinne angestiegen.

Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich geht ohne Zweifel an die Profite der Unter-

nehmen, ist ein Beitrag zur ungewohnten Verteilung von Oben nach Unten.

Ein Umstieg von einer 35-Stunden-Woche auf eine 30-Stunden-Woche würde eine Erhöhung der Lohn- und Gehaltskosten um 14,29 Prozent bedeuten. Je nach Anteil der Lohn- und Personalkosten am Umsatz schlägt diese Erhöhung dann in weitestgehendem Maße zu Buche. Bei der Metall- und Elektroindustrie in Baden-Württemberg wären das beispielsweise 2,80 Euro mehr Lohnkosten je 100 Euro Umsatz.

## Her mit der Emanzipation

Arbeitszeitverkürzung ermöglicht jungen Menschen Berufs- und Lebensperspektiven jenseits von Praktika, Leiharbeit oder Zeitverträgen.

Arbeitszeitverkürzung ist eine Frage der Emanzipation, weil sie einen Beitrag zur Beendigung von ökonomischen Zwangspartnerschaften ist. Sie ist eine Frage der Gesundheit, weil Zeit für Erholung geschaffen wird und Arbeitszeit für diejenigen, die bisher in Untätigkeit gehalten werden. Zu viel Arbeit macht krank, aber gar keine Arbeit zu haben macht auch krank.

Wir brauchen Zeit, um unsere Interessen selbst vertreten zu können - Zeit für die Organisierung des gewerkschaftlichen Kampfes, für unsere sozialen und politischen Rechte, für den Widerstand gegen die andauernden Angriffe des Kapitals auf Erreichtes.

## Wir brauchen Zeit zum Denken



[www.sdaj-luebeck-so-holstein.blogspot.de](http://www.sdaj-luebeck-so-holstein.blogspot.de)

## Eine Klasse - eine Gewerkschaft

Ob es nun die GDL, der Marburger Bund (MB) oder die Vereinigung der Piloten Cockpit (VC) ist, fast allen ist gemeinsam, dass ihre Mitglieder ihre Interessen nicht mehr durch die Gewerkschaften vertreten sehen und in Zeiten härterer Verteilungskämpfe ihre Konflikt- und Streikfähigkeit auch einsetzen, und zwar unabhängig von den Interessen der übrigen Beschäftigten, um für sich exklusiv bessere Ergebnisse zu erreichen.

Diese exklusive Solidarität ist es, die das Prinzip der Solidarität, die Unterstützung der Schwachen durch Starke, verletzt, die Einheitsgewerkschaft bedroht und die Spaltung der Arbeiterklasse vertieft.

Eine Änderung ihres Verhaltens können wir nur über eine scharfe inhaltliche, aber solidarische Auseinandersetzung mit ihnen, über ihr Bewusstsein, über eine gemeinsame Praxis in den betrieblichen und tariflichen Kämpfen und eine Stärkung ihrer berufsspezifischen Interessen in den Gewerkschaften erreichen.

Wir dürfen nicht ignorieren, dass die eigentliche Funktion von Gewerkschaften - die Beseitigung der Konkurrenz unter den ArbeiterInnen - nicht erfüllt wird, wo sich die Ärztin und der Krankenpfleger gegeneinander ausspielen lassen.

Die Kooperation zwischen den Einzelgewerkschaften muss verstärkt werden, über die konkrete Koordination von Arbeitskämpfen und über die dringend notwendige Abstimmung bei gesellschaftlichen Fragen, wie Altersarmut, Arbeitszeitverkürzung, TTIP usw., die allesamt Klassenfragen sind.

Unser Klasseninteresse ist ein gemeinsames - auch und gerade in Fragen, die derzeit innerhalb des DGB strittig sind.

Unser Ziel ist die Aufhebung der Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen, den Berufsgruppen, den festangestellten, den befristeten und erwerbslosen KollegInnen, den Qualifizierten und den weniger Qualifizierten. Dazu gehört auch die Aufhebung der von engagierten KollegInnen manchmal als besonders lähmend empfundene Konkurrenz unter den Gewerkschaften des DGB.

Olaf Harms, Sekretär für Betriebs- und Gewerkschaftspolitik im Parteivorstand der DKP



# Wider die falsche Bescheidenheit!

## Überlegungen zur Tarifrunde 2016 des öffentlichen Dienstes

**Die Tarifrunde 2016 für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes betrifft rund 2 Millionen Beschäftigte und die ökonomischen und politischen Auswirkungen dürften über die Zahl der direkt Betroffenen hinausgehen. Hier einige Überlegungen dazu:**

• Ja, die Kommunen sind chronisch verschuldet, und dies schon seit Jahrzehnten. Alle bisher vorgeschlagenen Wege dies zu ändern, durch eine grundsätzliche Reform der Finanzbeziehungen zugunsten der Kommunen, wurden in den Wind geschlagen.

Trotzdem ist die gegenwärtige Situation geprägt durch unerwartet hohe Steuermehreinnahmen: „Die öffentlichen Haushalte entwickeln sich erfreulich gut ... Die Steuerschätzung vom Mai 2015 hat die günstige Entwicklung bestätigt. Gegenüber der Schätzung vom November 2014 werden pro Jahr rund sechs bis acht Milliarden Euro höhere Einnahmen erwartet. Bis 2019 insgesamt ein zusätzliches Plus von gut 38 Milliarden Euro“ (Wipo-Info). Allein die Wiedereinführung der Vermögenssteuer würde nach ver.di-Berechnungen rund 30 Milliarden Mehreinnahmen an Steuern bedeuten!

Nicht mehr als recht und billig ist es, wenn diejenigen, die täglich ihre Arbeit leisten, auch ihren Anteil fordern!

• Der verteilungsneutrale Spielraum wird bei rund 3,5 Prozent (Abschluss!) gesehen, was bedeutet, dass erst oberhalb der 3,5 Prozent eine Umverteilung zugunsten der Arbeitenden beginnt. Auch wenn es den Gewerkschaften zum Teil gelang, in den letzten Jahren vereinzelte Reallohn-

erhöhungen durchzusetzen, ist der Reallohnverlust in Deutschland rund zehn Jahre lang ein Fakt, der auf Veränderung wartet.

• Um die Scherenentwicklung bei Löhnen und Gehältern nicht weiter zu fördern, sondern für eine gerechtere Verteilung zu sorgen, ist die Forderung nach einem Festbetrag, ersatzweise Sockelbetrag, unter Gewerkschaftern populär und sinnvoll. Eine Forderung deutlich über fünf Prozent - wäre sicherlich notwendig. Erste



Wortmeldungen bringen eine Festgeldforderung von 300€ (Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di) in die Forderungsdiskussion.

• Die öffentlichen Arbeitgeber haben wiederholt das Thema „Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst“ zum Gegenstand von Tarifverhandlungen gemacht.

Die Zusatzversorgung ist ein wichtiger Sockel (rd. 25 Prozent) der Rente insgesamt. Kürzungen bei der Zusatzversorgung bedeuten eine reale Verschlechterung der Rentenhöhe. Und daran, dass die Zusatzversorgung von den Beschäftigten bereits

bei Tarifverhandlungen „erkauft“ wurde, erinnert sich kaum ein Arbeitgebervertreter, wohl aber die Gewerkschaften.

Würden die Arbeitgeber angesichts der drohenden Altersarmut für viele Beschäftigte weitere Kürzungen hier durchsetzen wollen, so wären sicherlich viele KollegInnen nicht nur empört, sondern auch aktionsbereit!

• Die Tarifauseinandersetzung bei Bund und Kommunen ist für die Gewerkschaft ver.di in gewisser Hinsicht ein Heimspiel. Auf kommunaler Ebene bestehen gute gewerkschaftliche Strukturen und eine Menge aktionsbereiter Belegschaften. Wer sich an die beiden Streiktage im Jahre 2014 erinnert, muss zugestehen, dass Streikbeteiligung und Mobilisierungsfähigkeit im ganzen Öffentlichen-Dienst-Bereich schlicht und ergreifend großartig waren. Dies gilt es zu nutzen und auszubauen! Natürlich wird nichts verschenkt werden, natürlich hat gerade ein vierwöchiger Streik im Sozial- und Erziehungsdienst stattgefunden, mit bescheidenem Ergebnis.

• Die Lehren aus diesem Arbeitskampf sind aber nicht Verzicht, sondern ein mehr an Koordination, ein Zusammengehen mit Anderen, die Bereitschaft über die üblichen Warnstreiks hinaus einen Arbeitskampf im ganzen öffentlichen Dienst vorzubereiten und auch zu führen. Dies sollte mit einer breiten Kampagne zur „Umverteilung“, beispielsweise zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer verbunden werden.

Denn der Reichtum in diesem Lande wächst und wächst. Nur nicht bei denen, die ihn produzieren!

## Rüstungskonversion auf Gewerkschaftskongressen

### Plädoyer für eine Debatte mit den Beschäftigten

**Kolleginnen und Kollegen der beiden großen Gewerkschaften haben eine Anzahl von Anträgen zur Rüstungskonversion entwickelt. Auf den Kongressen von ver.di und IG Metall im September bzw. Oktober 2015 wurden sie beraten. Damit sie nicht in der Abstimmungsmaschinerie verschwinden, müssen wir dazu weiter diskutieren um die Anträge bekannt zu machen.**

Nicht nur dort - sondern überall, auf allen Ebenen der Gewerkschaft, in der Friedensbewegung, in allen gesellschaftlichen Bereichen ist es zielführend, diese Anträge zu diskutieren.

Umstellung von Rüstung und Militär auf sozial nützliche und ökologisch sinnvolle Produktion und Dienstleistungen bei gleichzeitigem Erhalt der Arbeitsplätze ist ein gesamtgesellschaftliches Anliegen.

Niemand kann sich vor der Verantwortung drücken. Wir können diese Herkulesaufgabe nicht allein den Beschäftigten und ihren Gewerkschaften in Rüstungsindustrie und Bundeswehr überlassen. Um Konzerne wie z. B. den neuen Rüstungsriesen aus Krauss-Maffei Wegmann und Nexter „Newco“ zur Konversion zu drängen, brauchen wir die gesamt-

gesellschaft. Denn es geht den Eignern und Aktionären um Profite und den Herrschenden um militärische Macht.

Nun gehen GewerkschafterInnen einen Schritt voran. Ihre Anträge zu lesen, ist eine weitgehend angenehme Lektüre. Auf der Bundesjugendkonferenz von ver.di wurde „Schluss mit der Rüstungsproduktion - Konversion jetzt“ gefordert. Ein entsprechend beschlossener Antrag wurde an den ver.di-Bundeskongress weitergeleitet. Darin wird ver.di aufgefordert, „sich für eine Verstaatlichung aller Rüstungsunternehmen ohne



# Rüstungskonversion auf Gewerkschaftskongressen



## Plädoyer für eine Debatte mit den Beschäftigten

Entschädigung, bei Erhalt aller Arbeitsplätze und Umstellung auf zivile Produktion stark“ zu machen.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall wurden 24 Anträge im Kapitel „Für eine aktive Friedenspolitik“ beraten. 18 davon befassten sich mit Rüstungskonversion, Diversifikation und Rüstungsexporten. Ein übereinstimmendes Anliegen in den Anträgen ist der Arbeitsplatzverlust für die betroffenen KollegInnen bei der Umstellung von Rüstung auf zivile Produkte.

Die Aufforderung an den IGM-Vorstand, mit eigenen Aktivitäten eine breite Debatte über Rüstungskonversion und Diversifikation in der IGM und im DGB anzustoßen, ist unübersehbar. Viele Anträge gehen damit über den vom Vorstand vorgelegten Entschließungstext hinaus, der sich lediglich an die Politik wendet: „Die Beschäftigten der Wehr- und Sicherheitsindustrie haben ein Recht auf Planungssicherheit. Hier ist vor allem die Politik gefordert, alternative Projekte und die Erschließung ziviler Märkte voranzutreiben.“

### In den Anträgen wurden etliche Initiativen vom Vorstand der IGM verlangt, u. a.:

- Entwicklung eines industriepolitischen Konzepts zur Konversion und Diversifikation gemeinsam mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten der Rüstungsbetriebe. Die Beschäftigten der betroffenen Betriebe sind in eine nachhaltige Konversionsdebatte einzubinden und WissenschaftlerInnen zu beteiligen
- eine Koordinierungsstelle Konversion und Umstellungsausschüsse bzw. Arbeitskreise „Alternative Fertigung“ auf allen Ebenen der IG Metall einzurichten
- eine Fachtagung zum Thema Rüstungskonversion zu organisieren und konkrete Projekte zur Rüstungskonversion zu starten mit schrittweiser Umstellung auf zivile Güter mit evtl. Arbeitszeitverkürzung, um Arbeitsplätze zu sichern
- das vorhandene „Aktionsprogramm Rüstungskonversion“ zu aktualisieren
- die Produktion von Drohnen, die zur Kriegsführung geeignet sind, abzulehnen
- den Strukturwandel in der Branche zu begleiten.

### Auf Rüstungsunternehmen soll eingewirkt werden, dass

- paritätisch besetzte Umstellungsausschüsse aus Arbeitnehmervertretungen und Arbeitgebern eingerichtet werden, die die Möglichkeit zur Umstellung untersuchen und die Durchsetzung einleiten
- sie sich von Rüstungsaufträgen unabhängig machen.



Im Materiallager Zeithain wird ein gepanzertes Transportfahrzeug für seinen Einsatz in Afghanistan vorbereitet. Triebwerkstausch durch Mitarbeiter der Firma Krauss-Maffei Wegmann. (Foto:BW / Mandt)

### Bei der Bundesregierung soll der Vorstand sich dafür einsetzen, dass

- die Rüstungsausgaben deutlich gesenkt werden
- Rüstungsexporte in Krisenländer unterlassen werden, eine gesetzliche Einschränkung erfolgt und schließlich Rüstungsexporte ganz abgeschafft werden
- Rüstungsexporte nicht mit Steuergeldern finanziert werden
- Rüstungskonversion und Diversifikation sollen mit einem Fonds unterstützt werden, in dem auch Betriebsräte und IG Metall antragsberechtigt und im Fondsbeirat vertreten sind. So soll ein sozial flankierter Strukturwandel erfolgen, den die Beschäftigten mitgestalten können und der nicht zu ihren Lasten geht
- ein Branchenrat bzw. ein institutionalisierter industriepolitischer Dialog von Regierung, Unternehmen, der Wissenschaft, der Gewerkschaft und den Betriebsräten geschaffen wird, um Themen der Sicherheits- und Wehrtechnischen Industrie zu bearbeiten
- Planungssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte bezüglich der Ausrüstung der Bundeswehr geschaffen wird

Nun ist ja bekannt, dass Anträge das eine, Handeln aber das andere ist. Ein Anstoß für die Möglichkeiten der Konversion ohne Arbeitsplatzabbau wäre eine breit getragene Debatte auf jeden Fall. Zu den Ergebnissen organisierte Veranstaltungen auf Ortsebene - mit oder ohne Delegierte - werden die Konversionsdiskussion auch innerhalb der betroffenen Beschäftigten unterstützen. Bei den örtlichen Gewerkschaften wird man die Anträge erhalten können.

**Es ist ein heißes Eisen für die IG Metall, „den Widerspruch zwischen dem friedenspolitischen Engagement der Gewerkschaften und dem Erhalt der Arbeitsplätze aufzuheben“.**

Wünsche nach Maßnahmen wie „die Konsolidierung der notwendigen wehrtechnischen Industrie in Europa zu begleiten und Vorschläge für die Weiterentwicklung zu machen“, machen das deutlich.

An anderer Stelle heißt es: „Innerhalb der Branche nimmt die Verunsicherung wegen der Streichung bzw.

Streckung von Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr zu. Wenn in Deutschland der Spielraum künftig enger wird, wird sich die Aufmerksamkeit verstärkt auf die Auslandsmärkte richten.“

Wir sollten die Ergebnisse von den beiden Gewerkschaftskongressen nutzen, um sie über die Delegierten hinaus bekannt zu machen. Mit ihr können wir unseren KollegInnen der Branche Wege jenseits von Rüstungsproduktion und Arbeitslosigkeit zeigen.



**BUNDESWEHR  
WEGTRETEN!**

# ... lesen Sie mal rot!



## DIE LETZTE SEITE



### Wolfswelt

Eine Geschichte von Knut Becker (1939-2015)

In einer Zeit des Umbruchs, als sich die Wölfe auf der Erde mühen mußten, ihre Herrschaft über die Schafe neu zu festigen, fassten sie nach langer Beratung einen gar klugen Plan. „Wir müssen“, hatte einer vorgeschlagen, „etwas tun, um den Nachteil auszugleichen, dass es so viele Schafe, aber so wenige Wölfe gibt. Trotz unserer Reißzähne erdrücken sie uns sonst mit ihrer Mehrheit. Lasst uns daher versuchen, so vielen Schafen wie eben möglich einzureden, sie wären Halbwölfe und könnten sogar im Laufe der Zeit sogar ganz zu Wölfen werden, wenn sie sich nur entsprechend verhielten. Wenn sie uns das glauben, werden sie sicher nicht mehr das Geschäft der Schafe besorgen, sondern das unsere.“

Und so ward denn auch beschlossen.

In den Herden fing man dann bald an, Schafe zu Viertelwölfen, Halbwölfen und Dreiviertelwölfen zu ernennen. Und siehe da, die beförderten Schafe veränderten ihr Verhalten auf gar wunderbare Art und Weise. Das fing schon äusserlich an. Beim Laufen reckten sie ihre Schnauzen hoch, benutzten ihre Nasen nach Wolfsart zum Schnüffeln und versuchten mit allen möglichen Mitteln ihre Schlappohren nach Wolfssitte aufzustellen. Sie fingen an die anderen Schafe zu beißen - so wie es Wölfe zu tun pflegen.

Die Wölfe waren über diesen ersten Erfolg sehr erfreut und sie taten alles um ihn dauerhaft zu gestalten. So gaben sie, wenn sie ein Schaf zerrissen hatten, den Viertel- und Halbwölfen ein paar weiche Stücke von den Eingeweiden ihrer Opfer und den Dreiviertelwölfen etwas vom Hirn. Die mahlten dann mit ihren stumpfen Schafszähnen darauf herum und schluckten brav was man ihnen gab. Dass es ihnen weder schmeckte noch bekam, verdrängten sie mit Erfolg, und bald erschien ihnen das Innere von Schafen als die begehrtesten Nahrung der Welt. Wenn eines mal merkte, dass es ihm doch nicht so schmeckte, dann schob er das darauf, daß er eben doch noch kein ganzer Wolf war - und schämte sich...

So gelang es denn, dass die Wölfe ihre Herrschaft über die Erde mit Hilfe vieler Schafe mehr und mehr festigten. Und wenn irgendwo Schafe aufstanden, und behaupteten auf der Erde gibt es nur zwei Arten, nämlich Schafe und Wölfe, dann - das hatten die Wölfe schon in ihren Schulungen vermittelt - empfanden das alle Viertel-, Halb- und Dreiviertelwölfe als persönliche Beleidigung. Sie begannen, alle Schafe, die derartige äusserten, zu verfolgen und sie den Wölfen zum zerreißen zuzutreiben. Manchmal gerieten sie über jene sogar so in Zorn, dass sie eines der aufmüppigen Schafe selbst zertrampelten, dann mit ihren Schafschmäuzen in seinen blutigen Eingeweiden herumwühlten und dabei versuchten wie Wölfe zu knurren.

Darauffin erhob sich unter den übrigen Schafen große Angst. Sie fingen von sich aus an jeden zu meiden oder ihn gar bei den Viertelwölfen anzuzeigen, der weiterhin zu behaupten wagte, auf der Welt gäbe es nur Wölfe und Schafe und nichts dazwischen.

Die Wölfe sahen all dies mit großem Wohlgefallen. Sie beschlossen, dass die Welt so gut war, und dass künftig keiner mehr strafflos an dieser Ordnung zweifeln dürfte.

Impressum:  
**DKP Lübeck-Ostholstein**  
 dkp-luebeckostholstein.blogspot.de  
 E-Mail: dkp.hl-oh@email.de  
 V.i.s.d.P.: Henrik Matthes

Wochezeitung der DKP



- Ich möchte die uz 4 Wochen probelesen. (Abo endet automatisch)
- mehr Infos über die DKP und ihr Programm.
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe.

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Hausnummer \_\_\_\_\_

Plz, Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_



**Coupon einsenden an:**  
**CommPress Verlag GmbH,**  
**Hoffnungstraße 18**  
**45127 Essen**  
**oder per Mail schicken:**  
**dkp.hl-oh@email.de**  
**Tel: 0173-2188310**